

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

afgazad@gmail.com www.afgazad.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Interview: Christa Schaffmann
Sender: M. Mandl
14.03.2019

«Auf dem Weg in den Wissenschaftsimperialismus»

Gespräch mit Raina Zimmering. Über vermeintliche Unabhängigkeit universitärer Forschung und Widerstand durch lokale wie transnationale Vernetzung.

Raina Zimmering ist Historikerin, Politologin, Soziologin und Lateinamerikanistin. Die geborene Dresdnerin war von 2007 bis 2013 Universitätsprofessorin und Leiterin der Abteilung für Politik- und Entwicklungsforschung des Instituts für Soziologie der Johannes-Kepler-Universität Linz, Österreich. Seither arbeitet sie als freie Autorin und im Vorstand der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP).

<http://www.zimmering.net>

Wenn man in diesen Tagen mit einer Lateinamerikawissenschaftlerin spricht, kommt man um Venezuela nicht herum. Die USA haben sich klar auf die Seite Juan Guaidós gestellt und wollen Präsident Nicolás Maduro in die Knie zwingen. Über ein militärisches Eingreifen wird bereits spekuliert. Neben Deutschland haben auch mehrere andere EU-Staaten Guaidó als Interimspräsidenten anerkannt. Wie schätzen Sie die Lage ein?

Meines Erachtens geht es um mehr als um Venezuela. Es geht um die Positionierung des Kontinents, der während der vergangenen 20 Jahre ein Experiment der Hoffnung auf eine gerechte und alternative Zukunft darstellte. Leider hat sich diese Hoffnung weitgehend zerschlagen – siehe Brasilien mit seiner rechtskonservativen bis faschistischen Regierung unter Jair Bolsonaro. Er ist ganz scharf darauf, an der Seite der USA in Venezuela zu intervenieren. Juan Guaidó würde ein ähnliches Regime wie das in Brasilien hervorbringen und den Kontinent noch weiter in die konservativ rechte Richtung rücken. Mit ihm ist eine erneute, noch stärkere Abhängigkeit von den USA absehbar; Großgrundbesitzer sowie das internationale Kapital hätten das Sagen. Eine friedliche Verhandlungslösung, wie Mexiko und Uruguay sie angestoßen und auf einer Dialogkonferenz in Montevideo zusammen mit Bolivien und 16 Staaten des Karibischen Bundes (Caricom, jW) vertreten haben, wäre die richtige Lösung für Venezuela. Es sieht so aus, als würden sich immer mehr europäische Staaten diesem Weg anschließen. Das erwarte ich auch von der Bundesregierung.

Bleiben wir noch in Amerika. Ich habe Ihre Unterschrift unter einem Aufruf zur Unterstützung der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung, EZLN, einer überwiegend aus Indígenas bestehenden Organisation in Chiapas, einem der ärmsten Bundesstaaten Mexikos, gefunden. Die EZLN betont ihren basisdemokratischen Anspruch und zielt auf den allmählichen Aufbau autonomer Strukturen auf kommunaler und regionaler Ebene. Das ist ihr, seit sie 1994 mit einem bewaffneten Aufstand erstmals öffentlich in Erscheinung trat, gut

gelingen. Was hat sich an der Situation geändert? Worin besteht jetzt die Gefahr für einen seit immerhin 25 Jahren mehr oder weniger stabilen Zustand?

Nach ihrem Aufstand gegen die neoliberale Politik der mexikanischen Regierung 1994 errichteten die Zapatisten einen autonomen alternativen Raum, der durch eine partizipative und kommunitäre Basisdemokratie, Gendergerechtigkeit, einen nachhaltigen Umgang mit der Natur, durch kollektives Eigentum und Diversität gekennzeichnet ist. Es wurden beachtliche Erfolge in der Gesundheitsversorgung, Bildung und Versorgungssicherheit in den autonomen Gebieten erreicht.

Allerdings sind diese Erfolge im Widerstand gegen die Counterinsurgency-Strategie (Aufstandsbekämpfung, *jW*) der mexikanischen Regierung gegen die EZLN zustande gekommen. Die Zapatisten gehen ganz neue Wege des Selbstschutzes. Sie sind zwar bewaffnet, doch haben die Waffen bei ihnen überwiegend symbolischen und Verteidigungscharakter. Eine viel größere Rolle spielten bisher die Kooperation mit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft und ihre symbolische Repräsentation. Allerdings könnte der bewaffnete Kampf im Falle von gewaltsamen Angriffen auf das zapatistische -Territorium wieder wichtig werden, nachdem der neue mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador betont hatte, er werde sich für einen Entwicklungskorridor im Süden des Landes durch Investitionen transnationaler Konzerne und für das Projekt des »Maya-Zuges« einsetzen. Diese Entwicklungsprojekte führen direkt durch indigenes und zapatistisches Gebiet, würden Natur in riesiger Dimension und die Lebensgrundlagen vieler indigener Völker zerstören. Aus diesem Grund fühlen sich die Zapatisten in der nahen Zukunft bedroht.

Nun sind Sie nicht nur Lateinamerikawissenschaftlerin, sondern auch Historikerin, Politologin und Soziologin. Der Zustand der Sozialwissenschaften treibt Sie um, weshalb Sie beim Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie, der bis Sonntag in Berlin tagt, über »Imperialismus oder wissenschaftliche Freiheit bei der Bearbeitung und Beeinflussung existentieller Gegenwartsprobleme« sprechen werden. Viele Wissenschaftler weltweit nutzen die durch das Internet gebotenen Chancen zur Vernetzung, zu gemeinsamer Forschung und zum Gedankenaustausch. Tun das Sozialwissenschaftler nicht, oder wodurch werden gerade sie in ihrer wissenschaftlichen Freiheit behindert?

Es fällt auf, dass trotz dieser erweiterten Möglichkeiten die Kritik von Sozialwissenschaftlern und ihr Einfluss auf Diskurse über Krieg, Frieden und soziale Gerechtigkeit im akademischen Bereich sehr verhalten ausfallen oder gar nicht vorhanden sind. Aufgrund ihrer Analyse- und Problemlösungskapazität müssten sie eigentlich neben politischen Akteuren eine zentrale Rolle in Auseinandersetzungen über die Richtung der Globalisierung und beim Engagement für »ein gutes Leben für alle« spielen. Den Grund dafür sehe ich in der durch die Wirtschaft dominierten Forschungsausrichtung, die nur der Verbesserung des Bestehenden und nicht seiner grundlegenden Veränderung dienen soll. Forschung ist überwiegend drittmitteldominiert, und die Geldgeber sind die großen Wirtschaftsunternehmen. Unabhängige und Grundlagenforschung bleiben dabei auf der Strecke. Bei den Sozialwissenschaftlern sind eine zunehmende Konfliktscheue, ein Drang nach Untermauerung bestehender Defizite, gepaart mit einem ideologischen Rechtfertigungsduktus neoliberaler und konservativer Entwicklungen zu beobachten. Es besteht ein hartes Konkurrenzgebaren. Die Unerbittlichkeit der unternehmerischen Konkurrenz in der Wirtschaft hat auf die Wissenschaften übergegriffen. Damit geht der eigentliche Anspruch der Sozialwissenschaften, immer wieder nach dem »guten Leben für alle« zu trachten, verloren. Es gibt aber auch noch eine andere Richtung in den Sozialwissenschaften, die durch Persönlichkeiten wie Ulrich Beck, Noam Chomsky, Naomi Klein und Vandana Shiva bestimmt wird und deren Vertreter eine kritische Einstellung zur neoliberalen Globalisierung und deren schreckliche Folgen wissenschaftlich analysieren.

Sehen Sie auch einen Zusammenhang zwischen dieser fatalen Entwicklung und der Vielzahl prekärer Arbeitsverhältnisse unter jungen Wissenschaftlern? Ihr Einkommen ist geringer, eine verlässliche Zukunftsplanung bleibt oft auf der Strecke. Bleibt da auch der Mut, bestimmte Forschungsvorhaben anzugehen, auf der Strecke?

Das will ich nicht ausschließen, sehe -darin aber nicht die Hauptursache. Vielmehr muss man die gegenwärtigen Funktions- und Organisationsweisen auf diesem Feld hinterfragen. Es bestehen aus meiner Sicht weltweite Vereinheitlichungsprozesse und Bestätigungspraxen, die man als Wissenschaftsimperialismus bezeichnen könnte. Ich denke an weltweite Ranking- und Peer-Review-Verfahren wie z. B. den »Social Science Citation Index«, SSCI, sowie an sogenannte Leuchtturmprojekte oder Exzellenzcluster an Universitäten und Instituten, durch die wissenschaftliche Arbeit in bestimmte Richtungen gelenkt wird. Ich kritisiere auch die Überbewertung quantitativer gegenüber qualitativen Verfahren und die Abhängigkeit universitärer Forschung und Karrieren von Drittmitteln aus der Wirtschaft und von wissenschaftlichen Stiftungen, die wiederum von großen Unternehmen unterstützt werden.

Wir leben mit Rankings auf verschiedenen Gebieten. Verbraucher orientieren sich daran. Was macht sie im Wissenschaftsbereich zum Problem?

Der SSCI führt in seinen Rankinglisten 3.100 Fachjournale aus 50 verschiedenen Disziplinen, die Mehrheit englischsprachig und aus dem angelsächsischen Raum kommend. Sprachen wie Russisch, Spanisch, Chinesisch und Arabisch sind unterrepräsentiert. Mit der angelsächsischen Sprachdominanz werden ganze Regionen in der Welt ausgeschlossen, deren Bewohner das Englische nicht so perfekt beherrschen. Außerdem entspricht das Sprachdenken auch dem Denksystem einer Kultur, so dass ganz automatisch auch eine kulturelle Dominanz zustande gekommen ist.

... was aber keine Diskriminierung von Themen, sondern nur die von Sprachen beweist. Oder?

Nur ein einziges privates Unternehmen – die »Thomson Reuters Corporation« mit Sitz in den USA und Kanada – bestimmt die internationalen Standards, denen sich fast alle Universitäten der Welt unterordnen und so über Wissenschaftskarrieren bestimmen. Die Auswahlkommissionen an den Universitäten und Instituten wählen diejenigen Bewerber und Bewerberinnen aus, die die meisten Artikel im SSCI-Peer-Review-Verfahren nachweisen können.

Man könnte annehmen, dass durch den SSCI, der nicht mit inhaltlichen Vorgaben arbeitet, sondern überwiegend methodische Qualitätsansprüche an wissenschaftliches Arbeiten stellt, eine Befreiung der Sozialwissenschaften stattfindet und damit eine von wirtschaftlichen und politischen Interessen geleitete Förderpolitik verhindert wird.

In Wirklichkeit hat der SSCI sehr negative Auswirkungen. Er berücksichtigt in erster Linie US-amerikanische Zeitschriften und trägt durch Ausgrenzung von Publikationen aus anderen Ländern und Regionen der Welt zur Diskriminierung eigenständiger Forschungen im globalen Süden und in Transformationsländern – wie die ehemaligen sozialistischen Staaten in Asien, Mittel- und Osteuropa sowie die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – bei.

Mit der Ökonomisierung, schreiben Sie, habe auch die Kontrolle der Wissenschaften durch leitende nationale, regionale und internationale Wissenschaftsinstitutionen und die Wissenschaftsministerien zugenommen. Wen haben Sie dabei im Auge?

Ich denke z. B. an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, den Deutschen Akademischen Austauschdienst, den Europäischen Forschungsrat. Die Kontrollfunktion ergibt sich durch inhaltliche Schwerpunktsetzungen, die letztlich staatlichen und Unternehmerinteressen entsprechen. Das beste Beispiel ist die Bertelsmann-Stiftung. Der Bertelsmann-Konzern ist weltweit eines der größten Medienunternehmen und besitzt gleichzeitig die größte Wissenschaftsstiftung Deutschlands, die unter maßgeblichem Einfluss der

Unternehmerfamilie Mohn steht. Sie berät die Regierung und erhält von ihr Aufträge. Auch die regierungsnahe Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) mit korporativen Mitgliedern wie z. B. Siemens und Deutsche Bank hat konstitutiven Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik.

Soweit ich weiß, gibt es jedoch auch Gegenbewegungen.

In den vergangenen Jahren haben sich Netzwerke unabhängiger Wissenschaftsorganisationen entwickelt, die sich den neoliberalen Förderpolitiken westlicher Länder und den SSCI-diktierten Standards weitgehend entziehen. Ihre Mitglieder kommen aus der ganzen Welt. Sie agieren als Non-Profit-Organisationen und bestimmen ihre Themen und Standards selbst. Zu ihnen gehören junge und ältere Wissenschaftler sowie etliche, die bereits im Ruhestand und durch ihre Rente einkommensunabhängig sind. Sie bearbeiten ein Themengebiet, veranlassen Publikationen, führen Konferenzen durch – alles durch Mitgliedsbeiträge und Konferenzgebühren oder auf eigene Kosten finanziert. Das garantiert ihnen eine große Unabhängigkeit. So ist ein transnationaler und globalisierter Wissenschaftsraum entstanden, in dem Konkurrenz weitgehend ausgeschlossen ist und das gemeinsame Ringen um zeitadäquate Themen gewährleistet wird. Beispiele sind u. a. die »International Federation of Public History«, die »Memory Studies Association« und das »Left Forum« in New York, das als größtes Forum für kritische Sozialwissenschaften und für die Analyse emanzipatorischer Bewegungen angesehen werden kann, auch wenn das Englische als gemeinsame Wissenschaftssprache auch hier wie überall die wissenschaftliche Diversität und Freiheit einschränkt.

Wir haben eingangs u. a. über die Zapatisten in Mexiko und ihren autonomen alternativen Raum gesprochen. Ich möchte an dieser Stelle auf Ihre Bemerkung zurückkommen, die Menschen in Chiapas würden sich nun den Wissenschaften zuwenden. Ist das eine andere Art der Verweigerung neoliberaler Produktion globalisierter Sozialwissenschaften?

Im Prinzip ja. Allerdings ist ihr Fall sehr speziell durch das eigene Territorium und dadurch schwer vergleichbar. Sie wollen einer anderen Wissenschaft zum Durchbruch verhelfen, die den Bedürfnissen der Menschen im Sinne eines »guten Lebens für alle« dient und entsprechend ihrer Kosmologie die »Mutter Erde« schützt. Sie haben begonnen, ein Netzwerk von Wissenschaftlern aufzubauen, das nach dem Prinzip der Bildung eines »globalen Netzwerks lokaler Widerstände« funktioniert. Auf lokaler Ebene werden Treffen mit Wissenschaftlern aus der ganzen Welt organisiert, die dann über die dringenden Überlebensfragen der Menschheit und besonders der ausgeschlossenen und benachteiligten Bevölkerung in der Welt, für die sich die Zapatisten als prototypisch betrachten, diskutieren. In erster Linie sollen Ideen für die Gestaltung einer gerechten Gesellschaft ohne soziale Exklusion entwickelt werden.

Diese transnationalen Wissenschaftstreffen mit dem Titel »ConCiencias – für die Menschheit und gegen das Kapital« wurden schon zwei Mal in Chiapas durchgeführt. Der Untertitel des Treffens »Mit der Wissenschaft gegen die Mauer« will sagen: Eine andere Form der Globalisierung von Wissenschaft als die neoliberale, an ökonomischen Interessen orientierte ist möglich. Über 50 Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern, z. B. aus Uruguay, Österreich, Kanada, den USA, Mexiko, Frankreich und Deutschland, sowie 200 Delegierte der zapatistischen Gemeinden und 900 Zuschauer aus der ganzen Welt kamen z. B. 2017 zusammen, um über ihre Forschungsergebnisse in den Natur- und Sozialwissenschaften und über Wege zu diskutieren, die ihnen erlauben, gegen die wachsende Dehumanisierung der Wissenschaften auf Weltniveau zu kooperieren.

Wer kann es sich leisten, dorthin zu reisen? Studierende? Leute mit prekärer Beschäftigung oder nur Rentner, die in einem früheren Leben mal gut verdient haben?

Manche sparen hart, darunter auch Studierende. Es kommt eben darauf an, ob man sich als Sozialwissenschaftler als Unterstützer der gegebenen Ordnung versteht oder als Kritikerin

derselben. Ich bevorzuge die zweite Variante, und so tun es viele, viele andere, die nicht sichtbar sind in den gängigen Journalen, die nicht zu Talkshows eingeladen werden und auf deren Beratung Politiker gern verzichten. Unter ihnen herrscht keine Dominanz der englischen Sprache, die Wissenschaftler können in ihren Sprachen sprechen, die dann übersetzt werden, auch in indigene Sprachen. Das oberste Prinzip ist Transdisziplinarität, so dass Themen wie »Der Rohstoff Phosphor und ökonomische Interessen«, »Die freien, lokalen und kommunitären Wissenschaften als Risse in der hegemonialen Wissenschaft«, »Wissenschaftliche Ethik gegen den Mainstream « und »Ideen gegen die Kultur der Konkurrenz« nebeneinander stehen. Die Wissenschaftler fordern, wie Luz Kerkeling im *Neuen Deutschland* schrieb (4.1.2018, jW), »mehr Kollektivität in der Wissenschaft, klare Linien gegen das herrschende System, mehr Ethik, mehr Interdisziplinarität, den Bruch mit dem akademischen Elfenbeinturm und konkrete Schritte, wie z. B. die Gründung antikapitalistischer Institute«. Diese Form einer widerständigen lokal und gleichzeitig transnational vernetzten Wissenschaft geschieht innerhalb eines wissenschaftskritischen unabhängigen Raumes, in dem es um die Lebensfragen der Menschheit geht, die den Aufgaben und Möglichkeiten einer globalisierten Sozialwissenschaft im Sinne eines »guten Lebens für alle« sehr nahe kommt. Kapitalinteressen, Konkurrenz und Karrieresucht haben hier keinen Boden. Diese Initiativen der Zapatisten, ihre Begeisterung, ihr Durchhaltevermögen faszinieren mich und begleiten mein Denken, seit ich das erste Mal von ihnen gehört habe. Bis heute ist es, auch nachdem ich mehrfach dort war, ein Ort, der mit der Hoffnung verbunden ist, dass eine bessere Welt möglich ist